

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 6. Juli 2015

Verfasser: Daniel Hodel / Benno Scherrer

Der heutige Montagmorgen steht ganz im Zeichen der Tätigkeits- und Geschäftsberichte. Behandelt werden nebst den Rechenschaftsberichten der Gerichte, der Geschäftsbericht der Regierung über das Geschäftsjahr 2014 und der Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle.

Am Nachmittag wurde in der Hitze hitzig über Lotteriefondsgelder - und über unseren Vorstoss "Steuersplitting" - diskutiert.

Rechenschaftsberichte der Gerichte

Die Rechenschaftsberichte der Gerichte, namentlich des Obergerichts, des Verwaltungsgerichts und des Sozialversicherungsgerichts liegen zu Genehmigung vor. Die Grünliberalen genehmigen diese Berichte.

Geschäftsbericht der Regierung 2014

Die Grünliberalen nehmen den Bericht der Regierung mit Sorge zur Kenntnis. Die finanziellen Aussichten für den Kanton Zürich sehen nicht sehr rosig aus. Benno Scherrer hat es in Namen der Fraktion sehr treffend analysiert: „Betrachtet man die präsentierte Rechnung der Regierung, dann kann je nach Partei entweder von einem halbvollem, oder halbleeren Glas gesprochen werden“. Wir Grünliberalen sehen unsere Forderung der ausgeglichenen Rechnung 2014, welche wir im Rahmen der Budgetdebatte platziert haben, leider nicht umgesetzt. Es ist zu hoffen, dass dennoch der mittelfristige Finanzaushalt sichergestellt werden kann. Wir werden uns weiterhin während den Budgetdebatten, auch in der neuen Ratskonstellation, dafür einsetzen.

Der Geschäftsbericht der Regierung ist wenig bis gar nicht kritisch ausgefallen. Auf über 695 Seiten werden Projekte, Vorhaben und Tätigkeiten der Verwaltung erläutert. Dem Leser ergibt sich hierbei ein sehr positives Bild über die Aktivitäten der Verwaltung. Aus Sicht der Grünliberalen eine zu positive Sicht. Selbstkritik und Verweise auf bestehende Probleme (bsp. PJZ, RIS2, KITT, etc.) fehlen im Bericht gänzlich. Auf Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommission (GPK), welche beispielsweise in den Bereichen Beschaffungswesen, Personalmanagement oder Umsetzung IT-Strategie nach monatelangen Untersuchungen fundiert geäußert wurden, ist die Regierung nicht eingegangen. Wir Grünliberalen fordern den Regierungsrat auf, in Zukunft gerade solchen Problembereichen mehr Gewicht in der Berichterstattung einzuräumen. Die GPK unter Federführung der glp wird dieser Forderung mit organisatorischen Veränderungen Nachdruck verleihen. Wir Grünliberalen genehmigen den vorliegenden Bericht der Regierung also mit den von uns angebrachten Vorbehalten.

Zu intensiven Diskussionen führte ein Antrag der Regierung, einen Teil des Gewinns des Kantonsspital Winterthur (KSW) in die Rechnung der Regierung zu überführen. Die Kommissionsmehrheit stellte sich hierbei auf den Standpunkt, dass das KSW bereits sehr gut finanziert sei und zudem der Kanton als Eigentümer sehr wohl ein berechtigtes Anrecht auf den Gewinn des KSW erheben kann. Wir Grünliberalen unterstützen diese Argumentation so nicht. Das KSW soll nicht für gutes Wirtschaften bestraft werden. Unserer Meinung nach soll der gesamte Gewinn des KSW zum Eigenkapital des KSW geschlagen werden. Die Kapitalbasis und somit die Solidität des KSW kann damit gestärkt werden. Im Hinblick auf die zukünftige strategische Entwicklung des KSW (Entlassung in die Selbständigkeit) kann eine solide Finanzierung des KSW nur begrüßt werden. Leider ist der Rat nicht unserer Argumentation gefolgt.

Bericht der Finanzkontrolle

Der Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle wird zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Reduktion der Grundbuchgebühren (Judith Bellaiche)

Am heissen Nachmittag haben wir einer Reduktion der Grundbuchgebühren zugestimmt - das Referendum wird aber ergriffen werden, weshalb in etwa einem Jahr eine Volksabstimmung darüber stattfinden wird.

Lotteriefondsbeiträge an die Direktionen (Benno Scherrer)

Mit der neu aufgelegten Verteilung von Geldern aus dem Lotteriefonds fliessen neu mehr Lotteriefondsgelder in Kulturprojekte (jährlich max. 23 Mio.), mehr Gelder aus dem Lotteriefonds, der eigentlich genau für solche Projekte geäufnet ist, und weniger aus dem allgemeinen Staatshaushalt.

Es liegt ein pragmatisch geschnürtes Paket vor, weshalb wir mit einer klaren Mehrheit zustimmen.

Rahmenkredit für die Inlandhilfe und Entwicklungszusammenarbeit aus dem Lotteriefonds (Benno Scherrer)

Weder die Inlandhilfe noch die Entwicklungszusammenarbeit werden in Frage gestellt, es geht nur darum, für wie viele Jahre der Rahmenkredit gesprochen werden soll. Hier macht eine Verlängerung Sinn, damit die Erneuerung des Rahmenkredits nicht direkt mit dem Legislaturwechsel zusammenfällt. Dass nun eine Verkürzung Zustimmung fand, ist auch ok, denn wichtig ist die grundsätzliche Änderung - und die Zustimmung zum Rahmenkredit.

Bewilligung von Nebenbeschäftigungen

Zum Schluss wurde der Regierung noch eine abweichende Stellungnahme aufs Auge gedrückt! Worum geht es?

Im Rahmen der PUK BVK (Parlamentarischen Untersuchungskommission Beamtenversicherungskasse) verlangte die Kommission, dass Nebenbeschäftigungen von Spitzenbeamten von der Gesamtregierung bewilligt werden müssten. Aber die Regierung scheint sich um den klaren Willen von Kommission und Kantonsrat zu foutieren...

... bis zum 17. August 2015 - beim nächsten Ratsbericht.